

II - 107 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

6.7.1966

57/J

A n f r a g e

der Abgeordneten F r ü h b a u e r , Z a n k l , S t e i n m a ß l ,  
S c h l a g e r und Genossen  
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen,  
betreffend Einstellung von Nebenbahnen.

-.-.-.-

In der Fragestunde des Nationalrates vom 24. Mai 1966 wurde an Sie das Ersuchen gerichtet darauf Bedacht zu nehmen, daß wichtige Informationen, Entscheidungen oder Probleme Ihres Ressorts dem Nationalrat in geeigneter Weise mitgeteilt werden, damit die Abgeordneten des Nationalrates beziehungsweise die Mitglieder des Verkehrsausschusses solche Nachrichten nicht den Zeitungen entnehmen müssen und vor vollendete Tatsachen gestellt werden.

Sie haben damals geantwortet, daß Sie hinkünftig bereit sind, diesem Ersuchen nachzukommen.

Entgegen dieser Zusage haben Sie nunmehr in einem Gespräch mit der "Presse", (wiedergegeben in der Ausgabe vom 25./26. Juni 1966), zu dem Problem der Einstellung von Nebenbahnen ausführlich Stellung genommen.

Unter anderem ist festgehalten, daß auf der Basis des Preisindex 1965 bisher sechs Strecken überprüft wurden, die wahrscheinlich schon demnächst ganz oder teilweise stillgelegt werden sollen.

Im einzelnen handelt es sich um  
die Schmalspurbahn Treibach-Althofen - Klein-Glödnitz  
und um die Strecken Retz - Drosendorf,

Enzerdorf - Dobermannsdorf,

Drösing - Zistersdorf,

Pergern - Sierning und

Zeltweg - Fohnsdorf.

Des weiteren sollen Sie festgestellt haben, daß man bezüglich der Einstellung das endgültige Gutachten der mit 4. Juli 1966 ihre Tätigkeit aufnehmenden Expertenkommission nicht abwarten will.

Da die Einstellung dieser Linien für die in diesem Gebiet wohnhafte Bevölkerung und die dort ansässigen Gewerbetreibenden, Wirtschaftsbetriebe und landwirtschaftlichen Betriebsstätten größere wirtschaftliche Nachteile mit sich bringt, wäre es doch angezeigt, so einschneidende Maßnahmen, wie die angekündigten, einer eingehenden Beratung zuzuführen.

57/J

- 2 -

Diese Mitteilungen erfolgten, obwohl in der unmittelbar vorher abgehaltenen Budgetdebatte auf ausdrückliche Anfragen einzelner Abgeordneter von Ihnen keine Antwort gegeben und überhaupt auf die angeschnittenen Probleme nicht eingegangen wurde.

Die unterzeichneten Abgeordneten verweisen überdies auf die Möglichkeit des § 15 der Geschäftsordnung des Nationalrates und richten daher an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmungen nachstehende

A n f r a g e n :

1. Ist es richtig, dass die in der Zeitungsmeldung angeführten Strecken schon demnächst ganz oder teilweise stillgelegt werden sollen?
2. Ist tatsächlich eine Einstellung schon vor Vorliegen des endgültigen Gutachtens der Expertenkommission geplant?
3. Welche Vorkehrungen für entsprechenden Ersatzverkehr auf diesen Streckenabschnitten sind getroffen?
4. Inwieweit sind Sie bereit, berechnete Wünsche der von der Einstellung betroffenen Gemeinden zu berücksichtigen?
5. Weshalb haben Sie in der Budgetdebatte auf die diesbezüglichen Anfragen nicht geantwortet?

-.-.-.-.-